

SP Heiden

Steuerpaket und 11. AHV-Revision

[<<< zur](#)



Anlässlich der Standaktion vom 1. Mai, organisiert von der SP Heiden und Umgebung wurde angeregt über die Abstimmungsvorlagen vom 15./16. Mai diskutiert. Viele Passanten liessen sich gerne die vielen Teilaspekte des kompliziert geschnürten Steuerpakets und der 11. AHV-Revision erklären. Jessika Kehl stellte sich mit selbstgebastelten Paketen dazu und brachte so etwas Humor in die ernste Angelegenheit.

Pressebericht zur Abstimmung vom 15./16. Mai:

Die Sozialdemokratische Partei von Heiden und Umgebung hat die Abstimmungsvorlagen vom 15./16. Mai eingehend studiert und wehrt sich vehement gegen die ungerechte Verschiebung der Finanzen von unten nach oben. Es ist nicht nachvollziehbar, dass einerseits bei der AHV jährlich 800 Millionen Franken gespart werden sollen, andererseits aber 4000 Millionen Franken Steuergeschenke gemacht werden können. Die 11. AHV-Revision ist eine reine Abbaurevision, die vor allem bei den älteren Frauen spart: Das Rentenalter für Frauen wird auf 65 Jahre erhöht, bei den Witwenrenten wird gekürzt und die Teuerungsanpassung wird verlangsamt. Die AHV ist der Einkommensgrundstock im Alter und ist seit 1948 eine der sozialsten Einrichtungen in unserem Land. Die SP setzt sich für den Erhalt dieser verfassungsmässigen Existenzsicherung ein und empfiehlt darum ein NEIN zur 11. AHV-Revision.

Das Steuerpaket ist leider eine Mogelpackung. Diese Steuerreform soll angeblich für Familien des Mittelstandes mit Wohneigentum gut sein. Bei näherem Hinschauen entpuppen sich die Versprechungen als Halbwahrheiten. So werden zum Beispiel zwei Drittel der gesamten Steuererleichterungen an die 5 % Reichsten verschenkt. Von den Steuererleichterungen für Familien gehen 40% an doppelverdienende

Ehepaare ohne Kinder. Schliesslich profitieren auch vom Systemwechsel in der Wohneigentumsbesteuerung vorwiegend jene, denen es möglich ist, grosse Unterhaltsinvestitionen zu tätigen und nicht etwa die "gewöhnlichen Häuschenbesitzer". Soviel zu den Profiteuren des Steuerpakets - leider hat das Ganze aber eine traurige Kehrseite. Die über vier Milliarden Franken Steuern, die von Privaten gespart werden sollen, sind fehlende Einnahmen der öffentlichen Hand. Diese Gelder sind zur Erfüllung allgemeiner Aufgaben nötig, sind sie nicht mehr vorhanden, sind die Konsequenzen klar: es folgt Leistungsabbau in der Bildung, im Gesundheitswesen, im öffentlichen Verkehr, bei Sozialversicherungen, ausserdem müssen mehr Gebühren erhoben werden oder Gemeindesteuern erhöht werden. Daran werden wir alle schwer tragen, darum sagen wir NEIN zum schlecht geschnürten Steuerpaket!